

BURGER für BÜRGER



Newsletter 03/2016 Klaus Burger MdL Wahlkreis 70 Sigmaringen



Liebe Parteifreundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

Der Wähler ist der Souverän. Er hat für die CDU ein hartes Urteil gesprochen. Das haben wir und das habe ich zu akzeptieren. Es ist uns nicht ausreichend gelungen, die landespolitischen Themen in den Vordergrund zu bringen. Der Wahlkampf und die Stimmabgabe wurden von der Asylpolitik des Bundes und der Einzelperson Kretschmann dominiert.

Auch der Umgang mit der gegenüber der Union überaus kritischen Presse, muss noch aufgearbeitet werden. Ich bedanke mich bei Allen, die mir am 13. März 2016 das Vertrauen ausgesprochen haben. Herzlichen Dank. Ich werde mit all meinen Kräften auch weiterhin um jede einzelne Stimme kämpfen. Für das Mandat für den Wahlkreis 70 Sigmaringen und die künftige Arbeit im Parlament bin ich dankbar. Gleichwohl werden die Koalitionsverhandlungen sehr schwer werden. Ob diese gelingen, vermag ich heute noch nicht zu beurteilen.

Es ist gut möglich, dass die Partei und ich zuerst den Karfreitag durchleiden müssen, um Ostern erleben zu können. In diesem Sinne wünsche ich ein frohes Osterfest.

Ihr

LANDTAG IM FOKUS



|1. Forderungen der Wirtschaft decken sich nicht zwingend mit den Forderungen der CDU-Basis: Klaus Burger

PRESSEMITTEILUNG vom 22.03.2016

Baden-württembergische Wirtschaft fordert zügige Regierungsbildung statt politischem Stillstand

Arbeitgeber und LVI: „Sehen bei Grün-Schwarz ausreichende Gemeinsamkeiten in der Wirtschafts- und Bildungspolitik“

STUTTGART – Die Spitzenverbände der baden-württembergischen Wirtschaft haben die verantwortlichen Politiker von Grünen und CDU zu einer zügigen Regierungsbildung aufgerufen, nachdem andere Koalitionsmöglichkeiten von einzelnen Parteien ausgeschlossen worden sind. „Wir benötigen jetzt schnell klare und stabile Verhältnisse“,

erklärten die Hauptgeschäftsführer der Arbeitgeber Baden-Württemberg, Peer-Michael Dick, und des Landesverbandes der Baden-Württembergischen Industrie (LVI), Wolfgang Wolf, am Dienstag in Stuttgart: „Politischer Stillstand wäre schädlich für ein wirtschaftliches Spitzenland wie Baden-Württemberg.“ Wolf erinnerte an das Credo des früheren Ministerpräsidenten Erwin Teufel ‚Erst das Land, dann die Partei, dann die Person‘, das in dieser Situation mehr denn je gelte: „Die Verhandlungen über eine Regierungskoalition dürfen nicht durch parteipolitische oder gar persönliche Vorbehalte einzelner Politiker verzögert werden. Verantwortung sollten daher künftig diejenigen tragen, die klar und deutlich hinter einem solchen Bündnis stehen.“ Die Wirtschaftsverbände sehen bei Grünen und CDU hinreichend Gemeinsamkeiten in den für die Wirtschaft wichtigen Kernthemen. „Grün-Schwarz hätte in der Wirtschafts- und Bildungspolitik

war vielleicht nicht von Anfang an unsere Traumkoalition, ist aber angesichts des Wahlergebnisses auch nicht die schlechteste Lösung.“ Vor der Landtagswahl hatten die Verbände ihre Anforderungen an die künftige Regierungspolitik in 50 Fragen formuliert, die von den Parteien beantwortet wurden. Bei 28 Fragen haben sowohl Grüne als auch CDU der Position der Arbeitgeber zugestimmt, etwa bei höheren Investitionen in den Straßenbau und in die digitale Infrastruktur, oder bei einer steuerlichen Forschungsförderung. „Gute Chancen sehen wir zudem für den dringend benötigten Schulfrieden, wenn nun Parteien aus bisheriger Regierung und bisheriger Opposition koalieren würden“, so Dick: „Und wir erwarten von einer grün-schwarzen Koalition deutlich entschiedeneren Widerstand gegen alle sozial- und verteilungspolitischen Vorhaben aus Berlin, die schädlich für die Wirtschaft im Land wären.“

**|2. dpa-PRESSEMITTEILUNG
vom 24.03.2016
Grüne und CDU sondieren
weiter - bald
Koalitionsgespräche?**

Was geht zwischen Grünen und CDU in Baden-Württemberg? Das wollen beide Parteien ausloten. Der Weg zu einer grün-schwarzen Landesregierung könnte lang werden.

Stuttgart (dpa) - Mit Signalen zur Kompromissbereitschaft sind Grüne und CDU in Baden-Württemberg in Sondierungsgespräche für eine mögliche gemeinsame Landesregierung gegangen. CDU-Landeschef Thomas Strobl sagte, es gelte zu schauen, welche Themen dem einen oder dem anderen wichtig seien. Dem Vernehmen nach wollen die Parteien ihre wichtigsten Themen auf den Tisch legen und jeweils abklopfen, ob Kompromisse denkbar sind. Grün-Schwarz auf Landesebene wäre bundesweit eine Premiere. Beide Seiten wüssten, dass es jetzt nur eine Möglichkeit gebe, sagte Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) am Donnerstag zum Auftakt der zweiten Gesprächsrunde in Stuttgart: «Es wird darum gehen, dass man nicht nur Differenzen, sondern auch Gemeinsamkeiten sucht. Sonst kann es keine Koalition geben.» Grün-Schwarz ist nach der Landtagswahl vom 13. März die letzte Chance, eine

stabile Regierung zu bilden. Theoretisch auch mögliche Dreierbündnisse haben sich zerschlagen. Ein erstes Sondierungsgespräch hatte es in der vergangenen Woche gegeben. Am Mittwoch nach Ostern will die CDU dann entscheiden, ob sie Koalitionsgespräche mit den Grünen führen will. Bei der Landtagswahl am 13. März hatte die CDU ein historisch schlechtes Ergebnis eingefahren. Die Grünen mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann wurden dagegen zum ersten Mal in einem Bundesland stärkste Kraft. CDU-Landeschef Strobl hatte am Dienstagabend rote Linien für die Gespräche skizziert. «Dass es mit uns keine zusätzlichen neuen Gemeinschaftsschulen geben wird, ist klar.» Die Gemeinschaftsschule war unter der noch amtierenden grün-roten Regierung eingeführt worden. Strobl beteuerte aber, keine bestehende Gemeinschaftsschule schließen zu wollen. Berührungspunkte zwischen CDU und Grünen gibt es zum Beispiel in der Haushaltspolitik mit dem Bemühen, die Verschuldung nicht überdimensional in die Höhe zu treiben.

**|3. dpa-PRESSEMITTEILUNG
vom 24.03.2016
Gall legt Kriminalstatistik vor -
Leichter Anstieg**

Innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Thomas Blenke MdL:

„Die heute veröffentlichten Zahlen veranschaulichen, dass es für die Sicherheitsbehörden in unserem Land keine Zeit des Ausschweifens gibt. Unser besonderer Dank gilt daher den Beamtinnen und Beamten, die sich jeden Tag aufs Neue für die Sicherheit ihrer Mitbürger einsetzen. Angesichts der verabscheuenden Terroranschläge in Brüssel zeigt sich einmal mehr, dass es einer engeren Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden der Länder, des Bundes und der anderen europäischen Staaten bedarf. Den Sicherheitsbehörden müssen die notwendigen Mittel für die Wahrnehmung ihres so wichtigen Auftrags zur Verfügung gestellt werden. Unser Ziel ist, dass man in Baden-Württemberg in Freiheit sicher leben kann. Wir werden weiter daran arbeiten, dass Baden-Württemberg wieder zum sichersten Bundesland wird.“